

# Feind der Radikalen

**D**er Machtwechsel in Palästina ist vollzogen. Mit Mahmoud Abbas alias Abu Mazen wurde der Kandidat gewählt, den Israel und der Westen sich sehnlichst gewünscht haben. Er soll das vollbringen, was dem legendären Jassir Arafat verweigert wurde: das palästinensische Volk in die staatliche Unabhängigkeit zu führen. Das Ergebnis macht eines deutlich: Die Palästinenser haben sich mit großer Mehrheit gegen den Fundamentalismus und für den säkularen Weg entschieden. Die Zivilgesellschaft wurde gestärkt. Abbas ist aber ein Übergangskandidat. Der politische Ziehsohn Arafats sitzt hinter Gittern in Israel: Marwan Barguti. Seine Stunde wird kommen.

Abbas fand im Wahlkampf große Worte: Er forderte die Rückkehr der Flüchtlinge von 1948 in ihre Heimat und titulierte Israel als „zionistischen Feind“. Das kann getrost als

Wahlkampfretorik abgetan werden. Abbas zeigte sich in Verhandlungen mit Israel bisher immer kompromissbereit, kritisierte auch stets die Selbstmordattentate und damit indirekt Arafat.

Israels Ministerpräsident Ariel Sharon hat signalisiert, dass er sich demnächst mit Abbas treffen will – immerhin der erste Kontakt nach zwei Jahren. Sharon wird Abbas eindeutige Anweisungen mit auf den Weg geben, wie er sich die Arbeit der Autonomiebehörde in Zukunft vorstellt: Kampf gegen den Terrorismus, Entwaffnung der Radikalen, Einstellung der Gewalt gegen Israel und der Hetze in den palästinensischen Medien sowie tief greifende Reform der palästinensischen Regierung.

Dagegen klingen die Forderungen des Palästinenserpräsidenten etwas hilflos: die Wiederaufnahme der Frie-

densgespräche, das Ende der Abriegelung und der Reisebeschränkungen, die Freilassung aller politischen Gefangenen, das Ende der Tötung Radikaler durch Kampfhelikopter sowie den Abbau der Mauer und der israelischen Kolonien in den besetzten Gebieten. Es ist nicht zu erwarten, dass Sharon diese Forderungen erfüllen wird. Für das viel beschworene „Fenster der Gelegenheiten“ muss der Westen erheblichen politischen Druck auf Israel ausüben, damit es Abbas nicht so ergeht wie Arafat. Wenn es Abbas nicht gelingt, die Armut und die hohe Arbeitslosigkeit zu reduzieren sowie Erleichterungen des täglichen Lebens zu erreichen, wird er bald die in ihn gesetzten Hoffnungen und Sympathien verspielt haben. Zu übertriebener Euphorie besteht also keinerlei Anlass. *Ludwig Watzal*

● Der Autor ist Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Uni Bonn  
↳ Lesen Sie dazu auch die Meldung auf Seite 6

Y. Magazin (2005) 2, S. 18.